



Der BBW: Einer für alle.

Was ist der BBW?

Im BBW sind 50 Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors unter einem Dach vereint.

Der BBW ist parteipolitisch unabhängig und hat mehr als 140.000 Mitglieder.

Wen vertritt der BBW?

Der BBW ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung für Beamtinnen und Beamte im Landesdienst und in der Kommunalverwaltung Baden-Württemberg. Gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften vertritt der BBW aber auch Tarifbeschäftigte.

Was macht der BBW?

Der BBW setzt sich gezielt für die Rechte und Interessen von Beamten, Versorgungsempfängern und Tarifbeschäftigten ein – zum Beispiel dafür, dass alle gleichermaßen an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Deshalb stehen wir im ständigen Dialog mit der Landesregierung und sind in Politik und Öffentlichkeit präsent.

Welche Ziele verfolgt der BBW?

Ein wichtiges Ziel des BBW ist, die öffentliche Verwaltung für eine moderne Gesellschaft zukunftssicher zu machen. Voraussetzungen dafür sind unter anderem eine leistungsstarke Verwaltung, ein modernes Dienstrecht, der Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags, eine leistungsbezogene Verwaltung, flexible Arbeitszeitmodelle sowie ein funktionierendes Gesundheitsmanagement.



Am Hohengeren 12 · 70188 Stuttgart
Telefon 0711/16876 - 0 · E-Mail bbw@bbw.dbb.de

Mehr Informationen: www.bbw.dbb.de

> Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

wir durchleben gerade Zeiten, in denen wir von einer Krise in die nächste schlittern. Die "Erholungszeiten" zwischen den Krisen werden immer kürzer, die Krisen überlappen einander immer öfter. Unsicherheit ist das bestimmende Gefühl, und zwar in der gesamten Bevölkerung. Nicht nur im produzierenden Gewerbe oder im Handel, auch in der Landesregierung, was beispielsweise bei der Erstellung des Haushalts deutlich wird, und natürlich auch bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Preissteigerungsrate hat die Zehn-Prozent-Grenze geknackt. Was vor Jahresfrist niemand für möglich gehalten hätte, ist eingetreten. Deutschland hat die höchste Inflationsrate seit nunmehr 70 Jahren. Man muss schon bis zu Beginn der 50er-Jahre zurückschauen, um zweistellige Preissteigerungsraten zu finden. Ein Ende der Preissteigerungen ist leider noch nicht absehbar. Alles wird spürbar teurer. Am meisten bewusst wird dies beim Einkauf von Lebensmitteln, die innerhalb von nur einem Jahr um fast 19 Prozent teurer geworden sind, aber natürlich auch bei den Abschlagsrechnungen für Gas, Strom oder Sprit für den Pkw. Für dieselbe Menge Energie müssen wir heute etwa 44 Prozent mehr bezahlen als noch vor zwölf Monaten. Wenn aber das Geld, welches wir durch unsere Arbeit verdienen, immer weniger wert ist, verlieren wir an Wohlstand. Diese Erkenntnis ist schmerzhaft und die Regierungen versuchen gegenzusteuern, mit immer größeren Entlastungspaketen. Niemanden scheint es mehr zu interessieren, wo dieses ganze Geld herkommen soll beziehungsweise wie man diese Schulden, und um nichts anderes handelt es sich hier, je wieder zurückzahlen kann.

Nachdem der Bund ankündigte, unglaubliche 100 Milliarden Euro in die Ertüchtigung der Bundeswehr zu investieren, überrascht er jetzt ein weiteres Mal mit der Ankündigung, 200 Milliarden Euro als Hilfspaket bereitzustellen, um die Bundesbürger mit einer Gaspreisbremse zu entlasten. Insgesamt sprechen wir bei nur zwei Projekten von insgesamt 300 Milliarden Euro. Das ist eine so unfassbar große Zahl, dass sie kaum mehr vorstellbar ist. Anders ausgedrückt handelt es sich um 300 000 Mal eine Million Euro. Damit könnte man beispielsweise jeden Einwohner von Karlsruhe zum Millionär machen. Noch nie wurde in einem Bundeshaushalt mit so hohen Zahlen operiert ...

Die Coronaschulden, die zwischen 2020 und 2022 aufgrund der Pandemie aufgenommen wurden, sollten eigentlich ab 2023 innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt werden. Über die Rückzahlung der 300 Milliarden Euro hört man bislang wenig bis nichts. Dieses Problem scheint zweitrangig zu sein. Der Entwurf für den Doppelhaushalt 2023/2024 des Landes Baden-Württemberg wurde zwischenzeitlich durch den Ministerrat beschlossen. Der BBW rechnet fest damit, dass das lange versprochene Lebensarbeitszeitkonto endlich eingeführt wird. Noch liegt allerdings kein Gesetzesentwurf des Innenministeriums vor. Dieser muss bald kommen, soll nicht eine weitere Legislatur verstreichen, ohne dass diese längst überfällige Maßnahme endlich eingeführt wird. Schließlich muss jetzt alles unternommen werden, um die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Wenn die Bevölkerung das Vertrauen in den Staat und seine Verwaltung noch weiter verliert, können Krisen schnell zu Katastrophen ausarten.

Große Herausforderungen liegen vor uns. Jetzt gilt es, alles daranzusetzen, um Nachwuchs für den öffentlichen



Dienst zu gewinnen. Zudem geht es darum, hervorragend ausgebildete Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu halten. Dazu braucht es eine moderne Arbeitsplatzgestaltung, die ein angemessenes Gehalt ebenso beinhaltet wie angemessene und flexible Arbeitszeiten.

Die Zeiten sind lange vorbei, zu denen man sein gesamtes Berufsleben fast selbstverständlich bei einem Arbeitgeber/Dienstherrn verbrachte. Immer mehr Beschäftigte tragen sich mit dem Gedanken, den Arbeitsplatz zu wechseln. Der Arbeitsmarkt gibt es her. Qualifizierte Fachkräfte werden überall gesucht und mit Topkonditionen umworben. Vernünftige Bezahlung für sehr gute Arbeit muss auch im öffentlichen Dienst selbstverständlich werden. Im Jahr 2023 stehen die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst an, sowohl im TVöD als auch im TV-L. Wenn hier die Arbeitgeber, wie bereits beim letzten Tarifabschluss TV-L, keine Wertschätzung erkennen lassen, wird die Verwaltung weiter an Attraktivität einbüßen, sie wird aufgrund immer größer werdender Personalprobleme ihre Aufgaben immer weniger erfüllen können und die Bevölkerung wird ihr Vertrauen in den Staat verlieren. Lassen wir es nicht so weit kommen. Es muss gegengesteuert werden. Jetzt!

Herzliche Grüße

Kai Rosenberger, BBW-Vorsitzender

In dieser Ausgabe

Sorge um den Nachwuchs: Dauerbrenner Personalmangel und kein Ende in Sicht	4
Personalmangel wirkungsvoll begegnen – Unterstützung kommt aus der CDU	5
Die Entscheidung ist gefallen: Pensionäre im Land erhalten Energiepreispauschale	6
1 700 Stellen für den operativen Bereich des öffentlichen Dienstes geplant	7
Gewerkschaftstag 2022 des BBW – Beamtenbund Tarifunion	8
Viele Schulen in Baden-Württemberg arbeiten inzwischen im Notbetrieb	8
Hauptversammlung der dbb Bundes- frauenvertretung in Stuttgart	10
Die Wahlen der Schwerbehinderten- vertretungen haben im Oktober begonnen	12
Digitale Bildungsplattform – Philologenverband begrüßt baldigen Start	13
Kurz notiert	14
Seminarangebote im Jahr 2022	15

> Impressum

Herausgeber: BBW – Beamtenbund Tarifunion, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart.

Vorsitzender: Kai Rosenberger, Zimmern. Stellvertretende Vorsitzende: Kai Rosenberger, Zimmern. Stellvertretende Vorsitzende: Gerhard Brand, Murrhardt; Jörg Feuerbacher, Calw; Michaela Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Margarete Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Margarete Schaefer, Pforzheim; Alexander Schmid, Immenstaad. Schriftleitung: "BBW Magazin"; Kai Rosenberger, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. Redaktion: Heike Eichmeier, Stuttgart. Landesgeschäftsstelle: Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. Telefon: 0711.16876-0. Telefax: 0711.16876-76. E-Mall: bbw@bw.dbb.de. Postanschrift: Postfach 10 06 13, 70005 Stuttgart. Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder des Beamtenbundes Baden-Württemberg ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren. Der Bezugspreis für das Einzelheft 2,— Euro zuzüglich Postgebühren. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Versandort: Geldern.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

weg 42-30, 47608 Geidern.
Layout: Dominik Allartz, FDS, Geldern. Titelfoto: © Adobe Stock
Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a,
40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99.
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de.
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,
Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 39, gültig ab 1.1.2022. 02102.74023-712, Preisiiste 55, 64116 ... Druckauflage: 50 000 (IVW 2/2022). ISSN 1437-9856





Dem öffentlichen Dienst fehlen die Arbeitskräfte

Sorge um den Nachwuchs: Dauerbrenner Personalmangel und kein Ende in Sicht

Engpässe bei der Polizei, in der Steuerverwaltung, bei der Justiz und inzwischen zunehmend in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Es fehlt der Nachwuchs. Der BBW warnt seit Langem vor dem sich zuspitzenden Personalmangel. Er fordert Arbeitsplatzangebote, bei denen neben dem Gehalt auch die Arbeitszeit samt Arbeitszeitgestaltung für potenzielle Bewerber attraktiv ist.

"Die Zeit drängt", sagt BBW-Chef Kai Rosenberger. Der dbb geht von einer eklatanten Personallücke im öffentlichen Dienst aus. Bundesweit fehlen demnach rund 360 000 Beschäftigte. Im Land dürfte die Zahl zwischen 30 000 und 40 000 Beschäftigten liegen, sagt Rosenberger. Inzwischen warnt auch der Gemeindetag Baden-Württemberg vor den Folgen des sich zuspitzenden Personalmangels in den Kommunen des Landes.

 Die neuen Stellen – ein Tropfen auf den heißen Stein

Einen besonders hohen Personalmangel verzeichnen in Baden-Württemberg die Polizei, die Steuerverwaltung und die Justiz. In diesen Bereichen des öffentlichen Dienstes sei das Land, gemessen an der Personalausstattung pro 1 000 Einwohner, bundesweit Schlusslicht, sagt der BBW-Vorsitzende. Deshalb seien die Beschäftigten in diesen Ressorts schon seit Jahren einer ständigen Überbelastung ausgesetzt, die sich zunehmend noch verstärke, weil die wenigen vorhandenen Stellen noch nicht einmal besetzt werden können. Vor diesem Hintergrund verweist er auf die kürzlich von Grün-Schwarz vereinbarten neuen 1 700 Stellen und merkt lapidar an: "Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber im

Hinblick auf die Gesamtlage ein Tropfen auf den heißen Stein."

Pensionswelle wird die Lange noch verschlechtern

Rosenberger geht davon aus, dass sich die Lage noch verschlimmern werde, wenn in den nächsten 20 Jahren rund die Hälfte der öffentlich Beschäftigten im Land in den Ruhestand geht. Mit dieser Sorge ist Rosenberger längst nicht mehr allein. Auch der Gemeindetag schlägt Alarm. Personaldezernentin Heidi Schmid sagte am 26. September gegenüber der Presse: "Wir benötigen angesichts des demografischen Wandels und der stetig

anwachsenden Zahl an Aufgaben dringend weitere Nachwuchskräfte." Die Verantwortlichen in den Kommunen täten ihr Bestes, um Fachkräfte zu binden und zu gewinnen, etwa mit Angeboten zur Weiterbildung oder Digitalisierung. Das reiche aber nicht.

Langfristige Personalplanung ist dringend geboten

Um dem Personalmangel im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen wirkungsvoll zu begegnen, hält BBW-Chef Rosenberger eine langfristige Personalplanung, die den demografischen Wandel berücksichtigt, und wirkungsvolle Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes für dringend geboten. Er fordert die Landesregierung deshalb eindringlich zum Handeln auf. Der Arbeitskräftemangel hat sich in den zurückliegenden

Jahren kontinuierlich zugespitzt. Wer kein attraktives Beschäftigungsverhältnis anzubieten hat, bleibt beim Werben um die wenigen vorhandenen Arbeitskräfte auf der Strecke. Es sei deshalb höchste Zeit, mahnt der BBW-Vorsitzende, dass die öffentlichen Arbeitgeber und das Land als Dienstherr handelten. Mahnend erinnert Rosenberger auch daran, dass der BBW seit vielen Jahren auf die verfassungswidrigen Gehälter der Beamtinnen und Beamten in den unteren Besoldungsgruppen hingewiesen habe, dass die Besoldung der Beamtenschaft in Baden-Württemberg verfassungswidrig zu niedrig ausfällt. Untermauert wird dies durch das Gutachten der Finanzwissenschaftlerin Prof. Dr. Gisela Färber, das der BBW bei ihr im Jahre 2016 in Auftrag gegeben hatte. Dieses Gutachten stützt sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom Mai 2015. Die Landesregierung habe seinerzeit weder auf das BVerfG-Urteil 2015 noch auf das Färber-Gutachten reagiert, sagt Rosenberger rückblickend. Erst als am 4. Mai 2020 zwei weitere Urteile des BVerfG zur amtsangemessenen Alimentation ergangen sind, sei es zu einem Umdenken gekommen. In der Folge habe die Landesregierung die Erarbeitung des 4-Säulen-Modells auf den Weg gebracht.

Das 4-S\u00e4ulen-Modell – ein erster Schritt in die richtige Richtung

Mit dem 4-Säulen-Modell soll die Besoldung für die Beamtenschaft in A 6 bis A 10 angepasst und die Kinderzuschläge in allen Besoldungsgruppen erhöht werden. Auf diesem Wege will die Landesregierung den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine verfassungskonforme Besoldung nachkommen. Wenn zum 1. Dezember 2022 das 4-Säulen-Modell und einen Monat später auch die Beihilfeänderungen in Kraft getreten sind, hat es mehr als sieben Jahre gedauert bis der Gesetzgeber der Forderung des BBW nach einer verfassungskonformen Besoldung entsprochen hat. Besorgt denkt der BBW-Vorsitzende an die Folgen, sollte sich das Land noch einmal genauso lange Zeit lassen, um dem Personalmangel in den Behörden des Landes mit wirkungsvollen Maßnahmen zu begegnen.

Die Situation duldet keinen Aufschub mehr

"Die Situation duldet keinen Aufschub mehr", warnt Rosenberger. Das Personal sei am Limit. Jahrelange Überbelastung aufgrund unterbesetzter Dienststellen fordere ihren Tribut. Die Folge seien beispielsweise Verzögerungen bei der Bearbeitung von Genehmigungsverfahren oder Steuerangelegenheiten und lange Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger bei Behördengängen. Das schade nicht nur dem Image des öffentlichen Dienstes, sondern in letzter Konsequenz auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

"Das 4-Säulen-Modell ist ein erster Schritt in die richtige Richtung", räumt der BBW-Vorsitzende ein. Um aber im Wettbewerb um künftige Steuerund Rechtsspezialisten, um Lehrkräfte, Ärzte, Ingenieure, IT-Fachkräfte und um andere technische Fachkräfte mit der Privatwirtschaft erfolgreich bestehen zu können, müsse nachgelegt werden. Solange die Besoldung im gehobenen Dienst ab A 11 und im höheren Dienst nicht entsprechend angepasst werde, habe der öffentliche Dienst immer wieder das Nachsehen und viele Stellen blieben unbesetzt.

BBW-Chef Rosenberger macht für den Nachwuchsmangel auch den Ruf des öffentlichen Dienstes verantwortlich. Das meint auch Joachim Beck, der Rektor der Verwaltungshochschule in Kehl. Langweilige Arbeit in verstaubten Amtsstuben, das würden viele junge Leute zu Unrecht mit dem öffentlichen Dienst verbinden, sagt er. Zum Imageproblem gehört nach Meinung des BBW-Vorsitzenden auch das

Thema Gewalt und Beleidigungen gegenüber den Beschäftigten. Wegen Personalengpässen in der Justiz verliefen Anzeigen meist im Sande. Rosenberger ist überzeugt: "Wenn wir nicht genug Personal haben, um auch kleine Straftaten zu verfolgen, und deshalb das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt wird, schreckt das potenzielle Interessenten ab."

Die 41-Stunden-Woche schreckt potenzielle Bewerber

Mit familienfreundlichen Arbeitsbedingungen wirbt der öffentliche Dienst schon seit Jahren für sich als Arbeitgeber und Dienstherr. In der Tat hat sich in dieser Richtung in den vergangenen Jahren auch einiges getan bis hin zum Homeoffice. Doch im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um Nachwuchskräfte habe die nach wie vor in vielen Bereichen bei der Bezahlung die besseren Karten. Das gelte auch für die Arbeitszeit, ist sich Rosenberger sicher. Schließlich gelte hierzulande für Beamtinnen und Beamte die 41-Stunden-Woche. Solange die Landesregierung daran unverrückbar festhalte, werde sie in einer Zeit, wo für potenzielle Bewerber neben dem Gehalt die Work-Life-Balance die entscheidende Rolle spielt, bei der Personalsuche den Kürzeren ziehen.

Personalmangel wirkungsvoll begegnen

Unterstützung kommt aus der CDU

Unterstützung für die BBW-Forderung, dem Personalmangel im öffentlichen Dienst mit gezielten Maßnahmen wirkungsvoll zu begegnen, kommt aus der CDU-Landtagsfraktion. Der Abgeordnete Tobias Wald, Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzen und Sprecher für Wohnungsbau, erklärte Ende September: "Eine schlagkräftige und moderne Verwaltung mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten ist der Garant für die Zukunft unseres Landes. Der demografische Wandel stellt den öffentlichen Dienst jedoch vor gewaltige Herausforderungen. Die Krisen der letzten Jahre haben diese in ihrer Komplexität weiter verstärkt. Wir müssen die jungen Menschen wieder mehr für die Tätigkeit bei der öffentli-

chen Hand begeistern. Die Steigerung der Attraktivität mit verbesserten Rahmenbedingungen wie beispielsweise einem Lebensarbeitszeitkonto, eine zeitgemäße Infrastruktur durch Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung sind der Schlüssel zum Erfolg. Wir müssen die Anstrengungen für das Gewinnen von Personal für die Landesverwaltung

deutlich verstärken. Hierfür brauchen wir zeitnah ein Karriere-Dachportal, auf dem die beruflichen Möglichkeiten des Landes dargestellt werden, sowie eine einheitliche Arbeitgeberkampagne. So können sich Interessentinnen und Interessenten schnell einen Überblick über das breite berufliche Angebot verschaffen."



Landesregierung lenkt nach anfänglichem Zögern ein

Die Entscheidung ist gefallen: Pensionäre im Land erhalten Energiepreispauschale

Die Entscheidung ist gefallen: Auch die pensionierten Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg erhalten im Dezember 2022 eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro. Darauf haben sich die Spitzen von Grünen und CDU am 21. September 2022 verständigt. Die Entscheidung sei gut und richtig, kommentierte BBW-Chef Kai Rosenberger tags drauf den Beschluss, der im Rahmen der Haushaltsberatungen gefallen war.

Mit ihrem Ja zur Energiepreispauschale für die Pensionäre im Land sei die Landesregierung nach anfänglichem Zögern schließlich doch noch der berechtigten Forderung des BBW gefolgt, gab sich Rosenberger zufrieden.

Im Gegensatz zu Baden-Württemberg hat der Bund nicht gezögert, die im 3. Entlastungspaket der Bundesregierung enthaltene Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner für die Pensionäre in seinem Zuständigkeitsbereich zu übernehmen. Im Gegenteil, diese Entscheidung wurde zeitgleich mit der Nachricht bekannt, dass sich die Spitzen der Berliner Ampel auf das 3. Entlastungspaket der Bundesregierung verständigt haben. Mehrere Bundesländer sind dem Vorbild des Bundes unmittelbar gefolgt und haben erklärt, dass auch sie die Energiepreispauschale für ihre Pensionäre übernehmen werden. In Baden-Württemberg hingegen mussten die pensionierten

Beamtinnen und Beamten über 14 Tage warten, bis auch für sie die Energiepreispauschale beschlossene Sache war.

Im Vorfeld dieser Entscheidung war der BBW aktiv geworden, und zwar bereits unmittelbar nachdem die Entscheidung zum 3. Entlastungspaket der Bundesregierung gefallen war. Bereits am 6. September 2022 forderte er die Landesregierung auf, auch für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im

Land eine Energiepreispauschale von 300 Euro sicherzustellen. Zeitgleich wandten sich der BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger, der Vorsitzende der BBW-Seniorenvertretung, Waldemar Futter, und der Vorsitzende des Seniorenverbands ö. D. BW, Joachim Lautensack in gemeinsamen Briefen mit der entsprechenden Forderung an Finanzminister Danyal Bayaz und Innenminister Thomas Strobl.

Handeln war schließlich angesagt. Denn die Ausgleichszahlung für gestiegene Energieund Lebenshaltungskosten, die im Entlastungspaket der Bundesregierung für Rentnerinnen und Rentner ausgewiesen ist, gilt nicht automatisch auch für die Pensionäre. Für diesen Per-



sonenkreis sind die jeweiligen Gesetzgeber zuständig. Wesentlicher Inhalt der Schreiben

wie auch der Presseinformation war der Appell, sich bei der Energiepreispauschale für Pensionäre an der entsprechenden Entscheidung des Bundes zu orientieren. Der BBW erwartet, dass auch die baden-württembergische Landesregierung entsprechend handeln wird. "Alles andere wäre den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern im Land nicht zu vermitteln", warnte BBW-Chef Kai Rosenberger. Zugleich verwies er darauf, dass der Ärger innerhalb dieses Personenkreises nämlich nach wie vor riesengroß sei, weil man den Pensionären bei der Übertragung des Tarifergebnisses TV-L 2021 die Coronasonderzahlung verweigert und damit eine Nullrunde zugemutet habe. Infolge der fortschreitenden Inflation und den dadurch drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten treffe dies Pensionäre mit bescheidenem Einkommen besonders hart.

Keinen Hehl machte Rosenberger in diesen Tagen auch daraus, dass der BBW für die zögerliche Haltung des Ministerpräsidenten und seines Finanzministers keinerlei Verständnis habe. Schließlich seien die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ebenso wie alle anderen von den galoppierenden Energiepreisen und der Inflation betroffen. Deshalb dürfe man sie auch nicht von Entlastungsmaßnahmen ausgrenzen, betonte er immer wieder.

Unterstützung für den BBW kam in diesen Tagen aus Kreisen der CDU. Angesichts der gestiegenen Energiepreise müsse das Land nach Ansicht der CDU-Fraktion auch den pensionierten Beamtinnen und Beamten im Südwesten unter die Arme greifen, sagte der **CDU-Finanzexperte Tobias** Wald am 15. September 2022 der Deutschen Presse-Agentur und fügte auch noch hinzu: "Das müssen wir jetzt auf den Weg bringen, damit bis zum Ende des Jahres auch die Versorgungsempfänger in diesen außergewöhnlichen Zeiten nicht vergessen werden.

Dass die Landesregierung sechs Tage später eingelenkt hat und nun auch die mehr als 142 000 pensionierten Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten sollen, begrüßt der BBW ausdrücklich. Mit dieser Entscheidung werde sichergestellt, dass dieser Personenkreis nicht erneut von allgemeinen Entlastungsmaßnahmen ausgeklammert werde. CDU-Fraktionschef Manuel Hagel hatte nach der Entscheidung für die Energiepreispauschale erklärt, die Maßnahme habe auch etwas mit Gleichbehandlung zu tun.

Die Energiepreispauschale für die Pensionäre im Land wurde am 21. September 2022 in der Haushaltskommission beschlossen. Die Kosten dafür belaufen sich auf 45 Millionen Euro und sollen laut Finanzministerium aus dem laufenden Haushalt 2022 finanziert werden. Die steuerpflichtige Energiepreispauschale soll im Dezember ausgezahlt werden.

1 700 Stellen für den operativen Bereich des öffentlichen Dienstes geplant

Lob für die grün-schwarze Koalition

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion begrüßt die Schaffung von 1 700 neuen Stellen im operativen Bereich des öffentlichen Dienstes, auf die sich die Spitzen der grün-schwarzen Koalition im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 verständigt haben. Damit reagiere Grün-Schwarz auf den stetigen Zuwachs an Aufgaben in den zurückliegenden Jahren, lobte BBW-Chef Kai Rosenberger.

Für den BBW steht außer Frage, dass die neuen Stellen im operativen Bereich dringend gebraucht werden. Die 500 neuen Lehrerstellen seien ein Schritt in die richtige Richtung, um die Beschulung der ukrainischen Flüchtlingskinder sicherzustellen.

Dringend notwendig seien auch die mehr als 400 Stellen für die Justizverwaltung und die 300 Stellen für die Polizei, die für den Doppelhaushalt 2023/2024 eingeplant sind. In diesen Bereichen bestehe seit Langem großer Nachholbedarf, unterstrich BBW-Vorsitzender Rosenberger. Hier handelte es sich um zwei Bereiche, in denen Baden-Württemberg im Vergleich der 16 Bundesländer die wenigsten Beschäftigten pro 1 000 Einwohner aufweist. Mit den Neustellen werde endlich die ständige Überlastung dieser Beschäftigten abgemilNach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Beamtenbunds verlieren die Bürgerinnen und Bürger zunehmend das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung. Demnach hat sich der Eindruck verfestigt, dass der Staat seinen Aufgaben nicht mehr ausreichend nachkommt. Nach Überzeugung von BBW-Chef Rosenberger kommt Baden-Württemberg mit der

Schaffung der 1 700 neuen Stellen dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einem starken Staat ein kleines Stück näher.



Gewerkschaftstag 2022 des BBW – Beamtenbund Tarifunion in Leinfelden-Echterdingen

Der Tagungsort: die Filderhalle

Der Gewerkschaftstag des BBW – Beamtenbund Tarifunion findet am *Mittwoch*, 7. Dezember 2022 und Donnerstag, 8. Dezember 2022 im Kongress- und Tagungszentrum Filderhalle, Bahnhofstraße 61, in 70771 Leinfelden-Echterdingen statt. Beginn ist am 7. Dezember 2022 um 14 Uhr.

Die BBW-Landesleitung lädt alle Delegierten des Gewerkschaftstags herzlich ein. Dem Gewerkschaftstag vorgelagert ist eine Sitzung des Landeshauptvorstands, die am 7. Dezember um 9.30 Uhr beginnt. Nach der Mittagspause startet um 14 Uhr der Gewerkschaftstag mit der Arbeitssitzung, die um 18.30



Uhr unterbrochen wird. Für 20 Uhr ist der Beginn der Abendveranstaltung eingeplant. Der zweite Tagungstag beginnt um 10 Uhr mit der Öffentlichkeitsveranstaltung, zu der neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten weitere namhafte Vertreter aus Politik und Verwaltung erwartet werden. Ab 14.30 Uhr soll dann die Arbeitssitzung fortgesetzt werden. Das Ende des Gewerkschaftstags ist für 18 Uhr geplant.

VBE-Studie schreckt auf

Viele Schulen in Baden-Württemberg arbeiten inzwischen im Notbetrieb

Lehrerverband schlägt Alarm: Viele Schulen arbeiten im Notbetrieb – das war die Spitzenmeldung auf Seite 1 der Stuttgarter Zeitung vom 6. Oktober 2022. Der Lehrermangel ist bundesweit ein Problem. Doch wo Baden-Württembergs Kultusministerin sich darauf zurückzieht, dass "die Schulen grundsätzlich arbeitsfähig" seien, handeln Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen (NRW) und Bayern. Sie setzen auf finanzielle Anreize, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen. In Anbetracht des massiven Lehrermangels hierzulande fordert der BBW die baden-württembergische Landesregierung auf, zur Lösung des Problems ebenfalls Geld in die Hand zu nehmen

Die Zeit drängt. Das belegt eine Studie des VBE, auf der die Berichterstattung der Stuttgarter Zeitung basiert. Demnach haben Schulen im Land wegen Lehrermangels teils immense Probleme, die planmäßigen Unterrichtsstunden abzudecken. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) hat laut Stuttgarter Zeitung den Vorwurf des Notbetriebs zurückgewiesen.

"Unterm Strich sind wir über alle Schularten hinweg an einem kritischen Punkt angelangt. Wenn bereits zum Schuljahresstart jede zehnte Grundschule, 20 Prozent der Sekundarschulen und 40 Prozent der Sonderpädagogischen Bildungsund Beratungszentren (SBBZ) den Regelbetrieb nicht abdecken können, dann ist die Qualität unseres Schulsystems bedroht. Viele dieser Schulen sind längst im Notbetrieb angekommen!" fasst VBE-Landesvorsitzender und BBW-Vize Gerhard Brand die Ergebnisse der neusten VBE-Studie zusammen.

Weil Kultusministerin Schopper zu Beginn des Schuljahres 890 offene Lehrerstellen noch nicht besetzen konnte, wollte der VBE-Landesvorsitzende klären, wie der Schulbetrieb in den ersten Wochen des neuen Schuljahrs abläuft. Vom 22. bis 27. September 2022 hat der VBE deshalb eine Umfrage zur Unterrichtsabdeckung in Baden-Württemberg durchgeführt. Landesweit haben sich 884 Schulen beteiligt, darunter 554 Grundschulen, 229 Schulen der Sekundarstufe I und 92 Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren. Geantwortet haben jeweils die Schulleitungen. Brand räumt ein, dass die Umfrage nicht repräsentativ ist. Doch aufgrund der hohen Beteiligung und hohen Rücklaufquote geht er davon aus, dass die Aussagen zur Unterrichtsversorgung belastbar sind.

Grundschule

Die Schulleitungen wurden zunächst gefragt, ob ihre eigene Schule mit ausreichend Lehrkräften versorgt ist, um den Unterricht abdecken zu können. Die Umfrage zeigt, dass rund jede fünfte Grundschule (19 Prozent) deutlich unterversorgt ist. Diese Schulen haben bereits zum Schuljahresstart mit einem Versorgungsgrad von unter 90 Prozent zu kämpfen. "Ein mehr als besorgniserregender Wert! Versorgungslücken, wie sie im Laufe des Schuljahres aufgrund von Krankheiten, Grippewellen, Corona oder Schwangerschaften und Mutterschutz auftreten, sind hier noch gar nicht abgebildet", erklärt Brand.

Infolge der Unterversorgung kann jede zehnte Grundschule (10 Prozent) keinen Regelbetrieb abdecken und nur einen

Notbetrieb fahren. Die anderen Grundschulen geben zwar an, den Regelbetrieb leisten zu können, berichten aber ebenfalls von drastischen Maßnahmen: 37 Prozent dieser Schulen müssen Klassen zusammenlegen, 31 Prozent müssen Unterricht ausfallen lassen und weitere 21 Prozent müssen Personen ohne Lehramtsausbildung in Vertretung unterrichten lassen. "Die ergriffenen Maßnahmen verdeutlichen die ganze Dramatik der Situation. Und sie zeigen, dass viele Schulen hohe Opfer bringen müssen, um den Laden irgendwie am Laufen zu halten. Die Schulart Grundschule ist auf Kante genäht und die Nähte reißen an allen Stellen. Für das restliche Schuljahr lässt dies nichts Gutes erahnen", sagt Brand.

Sekundarstufe I (Sek I)

Das vielleicht überraschendste Ergebnis der Umfrage lautet, dass über ein Drittel der Sek-I-Schulen (36 Prozent) deutlich unterversorgt ist (Versorgungsgrad unter 90 Prozent). "Damit ist klar, dass der Glaube an eine bessere Versorgung im Sekundarbereich ein Irrglaube ist. Der Engpass, den wir an der Grundschule beobachtet haben, setzt sich nahtlos fort", erläutert Gerhard Brand.

Die Folge des dramatischen Personalmangels ist, dass jede fünfte Schule (20 Prozent) den Regelbetrieb nicht abdecken und somit nur einen Notbetrieb leisten kann. Die anderen Sekundarschulen geben zwar an, den Regelbetrieb leisten zu können, allerdings müssen sie drastische Maßnahmen ergreifen: An über der Hälfte dieser Schulen (55 Prozent) fällt Unterricht aus, bei einem weiteren Drittel (32 Prozent) müssen Klassen zusammenlegt werden und bei einem Viertel (25 Prozent) müssen Personen ohne Lehramtsausbildung in Vertretung unterrichten. Außerdem kommt es zum Wegfall von Fördermaßnahmen, Poolstunden und Ganztagesangeboten. "Der Maßnahmenkatalog zeigt, dass es auch im Sekundarbereich zu harten Einschnitten in den Schulalltag, beträchtlichen Einbußen in der Unterrichtsqualität und erheblicher Mehrarbeit für die Lehrkräfte kommt", so Brand.

Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)

Das bedenklichste Umfrageergebnis: Zum Schuljahresstart sind acht von zehn SBBZ deutlich unterversorgt (Versorgungsgrad von unter 90 Prozent). Infolge der massiven Versorgungslücken können vier von zehn SBBZ den Regelbetrieb nicht aufrechterhalten und müssen auf Notbetrieb umstellen. Gerhard Brand: "Sobesorgniserregend die Ergebnisse bisher waren, im Bereich der Sonderpädagogik sind sie schlicht nicht mehr vertretbar."

Auch im Bereich der SBBZ berichten die Schulen, die den Regelbetrieb aufrechterhalten können von harten Maßnah-

men: Über die Hälfte dieser SBBZ (54 Prozent) musste Klassen zusammenlegen. Eine weitere knappe Hälfte (46 Prozent) berichtet von Vertretungen durch Personen ohne Lehramtsausbildung. Und nochmals 42 Prozent geben an, dass Unterricht ausfallen muss. "Ausgerechnet in dem hochsensiblen Bereich der Sonderpädagogik sind die meisten Schulen weit von einem normalen Schulalltag entfernt. Dabei erachten wir es als besonders schwerwiegend, dass immer mehr Personen ohne Lehramtsausbildung zum Einsatz kommen. Gerade in der Sonderpädagogik benötigen wir hoch qualifiziertes Personal. Die jeweilige Art und Schwere der Beeinträchtigung der einzelnen Schülerinnen und Schüler muss im Unterricht eine medizinische, soziale und pädagogische Berücksichtigung finden. Dies können nur voll ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen leisten", erklärt Brand.

Forderungen

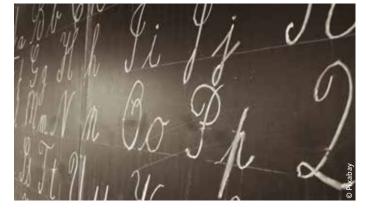
Um weiteren Notbetrieb abwenden und den Regelbetrieb mit dem vorhandenen Personal abdecken zu können, fordert über alle Schularten hinweg eine Mehrheit von 50 bis 60 Prozent der Befragten den Verzicht auf bildungspolitische Großprojekte wie Ganztag und Inklusion. Zudem formuliert schulartübergreifend eine überwältigende Mehrheit von 80 bis 90 Prozent der Befragten einen klaren Wunsch: die Konzentration auf das Kerngeschäft, nämlich den Unterricht. Um wieder mehr Lehrkräfte ins System zu bekommen und den Beruf attraktiver zu machen, fordern die Schulleitungen die Bezahlung von Grundschullehrkräften nach A 13, kleinere Klassengrößen, eine Senkung der Deputate und insbesondere im Bereich SBBZ den massiven Ausbau der Studienkapazitäten. Gerhard Brand: "Dies sind Forderungen, für die der VBE seit Jahren kämpft. Der

VBE ist nicht bereit, den herrschenden Mangel als neue Normalität zu akzeptieren und Qualitätsstandards aufzugeben. Die heutigen Herausforderungen, die zunehmende Heterogenität in der Schülerschaft und die massiven Langzeitfolgen der Pandemie und Flüchtlingswellen, machen eine Reduzierung der Klassengrößen und Arbeitsbelastung dringend notwendig. Ohne massive Investitionen und Anstrengungen im Bildungsbereich können wir die Qualität nicht halten."

Andere Länder setzen andere Schwerpunkte

In NRW hat man eine Wende eingeleitet, um dem Lehrermangel langfristig zu begegnen. Wie NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) bei der Vorstellung des Nachtragshaushalts erklärte, soll die Bezahlung der Lehrkräfte, die noch nicht in der Besoldungsgruppe A 13 sind, ab dem 1. November des laufenden Jahres um 115 Euro im Monat steigen. Allerdings wird das Geld erst ab dem Januar 2023 auch auf den Konten der Lehrkräfte auftauchen, weil zunächst noch ein entsprechendes Besoldungsgesetz auf den Weg gebracht werden muss. Dann soll die Besoldung einmal im Jahr immer zum August um weitere 115 Euro steigen. Zum 1. August 2026 würden dann alle Lehrkräfte in die Besoldungsgruppe A 13 überführt. "Das bedeutet 900 Millionen Euro, die das an Kosten auslöst." Neu angestellte Lehrer werden nicht sofort in die Besoldungsgruppe A 13 eingruppiert, sondern werden je nach Arbeitsbeginn analog zu den Kolleginnen und Kollegen bezahlt, die jetzt schon Dienst

Ministerpräsident Markus Söder hat angekündigt, dass in Bayern in der neuen Legislaturperiode alle Lehrkräfte, die es bislang noch nicht sind, in die Besoldungsgruppe A 13 aufsteigen.





Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Stuttgart

dbb frauen und BBW plädieren für eine zeitgemäße Gleichstellungsgesetzgebung

Digitalisierung, Fachkräftemangel, Krisenbewältigung den Zeichen der Zeit müsse man im öffentlichen Dienst mit einer gleichstellungsorientierten Personalpolitik begegnen, erklärte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 22. September 2022 bei der Hauptversammlung der dbb frauen in Stuttgart. "Die Grundvoraussetzung dafür ist eine vorausschauende und nachhaltige Gleichstellungsgesetzgebung", mahnte sie in Gegenwart von Finanzminister des Danyal Bayaz.

Zu einer gleichstellungsorientierten Personalpolitik gehört für Milanie Kreutz vor allem auch die Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten durch gute Freistellungsmöglichkeiten, deren geregelte Einbindung in Personalangelegenheiten und eine angemessene Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Bund und Länder seien hier gleichermaßen gefordert. "Wenn der öffentliche Dienst für Frauen weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber sein möchte – das gilt natürlich auch für das Land Baden-Württemberg - reicht es nicht, lediglich mobiles Arbeiten anzubieten. In einer digitalen und dezentralen Arbeitswelt werden familienfreundliche Rahmenbedingen und ein ausgeprägtes soziales Miteinander immer wichtiger. Auch hier

müssen wir den Aspekt der Gleichstellung noch stärker berücksichtigen. Bestehende Diskriminierungspotenziale – beispielsweise im Zuge der dienstlichen Beurteilung – müssen ausgehebelt werden", betonte Kreutz.

Die Evaluation des Chancengleichheitsgesetzes in Baden-Württemberg habe zudem gezeigt, dass Frauen in kommunalen Spitzenämtern und Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind. "Führung braucht aber auch weibliche Führungskompetenz. Jetzt ist die Zeit, um die Vereinbarkeit von Führungspositionen mit familiären Pflichten zu verbessern. Wenn der Fachkräftemangel sich verschärft – und das wird er – wird es dafür sonst zu spät sein", machte Kreutz unmissverständlich klar.

BBW-Chef Kai Rosenberger forderte zudem, Führungspositionen künftig auch in Teilzeit zu ermöglichen: "Was auf der Arbeitsebene schon lange möglich ist, sollte auf der obersten Führungsebene auch endlich ankommen. Die Dienststellenleitung sollte auch in Teilzeit arbeiten dürfen. Führen in Tandems ist ein wichtiger Baustein, um die Gleichstellung in der Arbeitswelt voranzubringen." Finanzminister Danyal Bayaz räumte in seinem Grußwort

bestehende Rückstände bei der Frauenförderung im Landesdienst ein. "Wir müssen Klartext reden: Das Ziel ist, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, und dieses Ziel verfehlen wir zurzeit noch. So ehrlich sind wir." Doch für frei werdende Führungspositionen sei das Thema Gleichstellung ein wichtiges Entscheidungskriterium geworden. "Der wichtigste Beitrag für mehr Frauen in Führungspositionen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf", sagte Bayaz.

Die Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung lieferte mit einer ambitionierten Tagungsordnung für zwei Tage Sitzung viel Stoff und Diskussionsthemen, die die Landesfrauenvertretung des BBW aktuell beschäftigen und die diese zum Programm beigesteuert haben.

Zunächst beschäftigten sich die Delegierten der Hauptversammlung mit dem Gewerkschaftstag des dbb, der Ende November stattfindet. Außer einigen organisatorischen Punkten wurden auch noch wenige nachgereichte Anträge besprochen und nach eingehender Diskussion darüber abgestimmt.

Gast der Tagung war auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.



Finanzminister Danyal Bayaz mit der Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Kreutz

Er stellte sich für seine erneute Kandidatur als dbb Bundesvorsitzender vor. In seinem Grußwort thematisierte er das Bürgergeld, das ab dem 1 Januar 2023 kommt. Er wies darauf hin, dass das Bürgergeld höher ausfallen wird als der Verdienst in den Besoldungsgruppen A 5/A 6. Im Vergleich betrage das Bürgergeld für eine Familie mit zwei Kindern rund 1 600 Euro und zusätzlich bekomme sie noch einen Heizkosten- und Mietzuschuss. Das Nettoeinkommen in A 5/A 6 liege zwar auch bei circa 1 600 Euro, allerdings ohne irgendwelche Zuschüsse, erklärte Silberbach und warnte: "Damit wird das Abstandsgebot zur Sozialhilfe erneut verletzt und eine Unteralimentierung in den unteren Besoldungsgruppen manifestiert."



BBW-Chef Kai Rosenberger

Der Bundesregierung hielt Silberbach vor, sie nehme zwar den Fachkräftemangel für die Wirtschaft ernst, was der Fachkräftegipfel, der am 9. September 2022 in Berlin stattfand, belege. Leider habe man in Regierungskreisen aber bislang noch keinen Personalmangelgipfel für den öffentlichen Dienst in Erwägung gezogen. Dies zeige, dass sich das politische Interesse in Grenzen halte, auch die Probleme im öffentlichen Dienst anzugehen. Dabei sei handeln dringend geboten. Längst sei nicht mehr zu übersehen, dass zunehmend mehr Beamtinnen und Beamte "dienstmüde" geworden in die Privatwirtschaft wechseln, da sie dort zumindest besser bezahlt werden. Der Verdrängungswettbewerb mit der freien Wirtschaft habe deutlich zugenommen und verschärfe den Personalmangel im öffentlichen Dienst noch zusätzlich.

Der Gesamtanteil der weiblichen Delegierten am dbb Gewerkschaftstag liegt weit unter 30 Prozent. Das sei bedauerlich, waren sich die Delegierten der Tagung einig. Einig waren sie sich auch darüber, dass die Bundesleitung des dbb darauf keinen Einfluss nehmen kann. Deshalb kamen die Frauenvertreterinnen übereinstimmend zu dem Schluss: "Hier liegt der Ball im Feld der Fachgewerkschaften, die dafür zu sorgen haben, dass sich daran endlich etwas ändert."

Milanie Kreutz sprach in ihrem Lagebericht allen Teilnehmerinnen Mut zu, die anstehenden Krisen zu meistern. Von der Bundesregierung wie auch von den Arbeitgebern im öffentlichen Dienst forderte sie eine Entlastung nach maßgeschneiderten Grundsätzen und nicht nach dem Gießkannenprinzip.

Ein gutes Beispiel für die Mentoringarbeit der dbb bundesfrauen lieferte Janine Dietz mit ihrem Vortrag zu Mental Load. Sie hat wohl jeder der anwesenden Frauen aufgezeigt, wie sie sich in ihrem System, ihrer Familie Aufgaben aufladen, die sehr wohl verteilt werden könnten. Und wie sich bei besserer, überlegter Handhabung für alle Beteiligten mehr Zu-



BBW-Chef Kai Rosenberger mit Ministerialdirektor Jörg Krauss, dem Amtschef des baden-württembergischen Finanzministeriums

friedenheit einstellt. Das vom BBW organisierte Rahmenprogramm führte die Teilnehmerinnen und eine Handvoll Gäste auf den Rotenberg zur Grabkapelle der württembergischen Königin Katharina. Über ihr Leben, ihr Wirken und die Spuren, die sie hinterlassen hat, wusste Ministerialdirektor Jörg Krauss, ein absoluter Katharina-Kenner, viel zu erzählen.

BBW-Chef Rosenberger nutzte die Gelegenheit, für einen Gedankenaustausch mit dem Amtschef des Finanzministeriums Baden-Württemberg. Zur Sprache kamen die Probleme rund um die Energiekrise, die die Politik im Bund wie im Land gegenwärtig fordern. Gesprochen hat man auch noch einmal über die Energiepreispauschale für Pensionäre. Krauss

versicherte, Grüne und Christdemokraten seien sehr schnell übereingekommen, dass auch die Pensionäre ein Anrecht auf diese Entlastungsmaßnahme haben.

Bei schönem Wetter genossen die Gesellschaft die großartige Umgebung und den weiten Blick vom Rotenberg. Mit einem Abendessen in der unmittelbaren Umgebung fand der Abend einen schönen Ausklang.

Der 2. Tag der Tagung begann mit einer Podiumsdiskussion zum Thema: "Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – ein Kavaliersdelikt?"

Aufhänger hierzu war die öffentliche Anhörung im Landtag zu einem Antrag der SPD Baden-Würrtemberg.



Zu dem Teilnehmerkreis gehörten die frauenpolitischen Sprecherinnen Stefanie Seemann (Bündnis 90/Die Grünen), Isabell Huber (CDU), Dorothea Kliche-Behnke (SPD), Alena Trauschel (FDP) und die stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrats Baden-Württemberg, Verena Hahn. Mode-

riert wurde das Thema durch Milanie Kreutz und zum Teilnehmerkreis gehörte auch Heidi Deuschle, die als Expertin des BBW bereits in der Anhörung im Landtag geladen war.

Im Rahmen der Diskussion wurden Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze herausgearbeitet wie mit Vorfällen sexualisierter Gewalt umzugehen ist. Der klare Tenor aller Diskussionsteilnehmerinnen war, dass gegenüber derartigen Übergriffen eine "NullToleranz-Kultur" gelebt werden muss. Nach dieser lebhaften Podiumsdiskussion folgte die Vorstellung von Volker

Geyer, der für ein Hauptamt in der dbb Bundesleitung kandidiert

Im Anschluss daran gab es Berichte zu Arbeitskreisen innerhalb der Hauptversammlung und aus den Landesbünden beziehungsweise Fachgewerkschaften.

Wahlberechtigt sind schwerbehinderte und gleichgestellte Beschäftigte

Die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen haben im Oktober begonnen

Zwischen dem 1. Oktober und 30. November 2022 werden bundesweit in allen Dienststellen und Betrieben die Schwerbehindertenvertretungen neu gewählt. Die Amtsperiode dauert vier Jahre.

Wahlberechtigt sind alle schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten der Dienststelle oder des Betriebs. Gewählt werden können auch nicht behinderte Beschäftigte, um sich als Vertrauensperson oder Stellvertretung für die behinderten Kolleginnen und Kollegen zu engagieren.

Selbstverständlich nehmen auch Personal-/Betriebsräte die Interessen der schwerbehinderten Beschäftigten in der Dienststelle/im Betrieb wahr. Auch diesen ist die Aufgabe übertragen, die Eingliederung und berufliche Entwicklung schwerbehinderter Menschen zu fördern und Maßnahmen zu deren beruflicher Förderung zu beantragen. Insbesondere haben sie darauf zu achten, dass schwerbehinderte Menschen nicht wegen ihrer Behinderung benachteiligt werden – weder bei der Einstellung noch im Rahmen des bestehenden Beschäftigungsverhältnisses und auch nicht bei dessen Beendi-

Während Personal- und Betriebsrat die Interessen aller Beschäftigten im Auge haben müssen, kümmert sich die

Schwer-

behindertenvertretung ausschließlich um die spezifischen Interessen der behinderten und gleichgestellten Beschäftigten. Das Engagement zugunsten der schwerbehinderten Beschäftigten basiert

auf umfassendes Spezialwissen zu allen einschlägigen Themen.

- > Die Schwerbehindertenvertretung setzt sich nicht nur für die Belange der schwerbehinderten Menschen als Gruppe ein, sondern auch für jeden einzelnen Beschäftigten, der behinderungsbedingt Unterstützung benötigt, und sorgt dafür, dass gemeinsam mit Personalrat/ Betriebsrat und Arbeitgeber an einer Lösung gearbeitet wird. Darüber hinaus nimmt die Schwerbehindertenvertretung Anregungen zur Verbesserung der Situation der schwerbehinderten Beschäftigten – zum Beispiel zur Sicherstellung von Barrierefreiheit – auf und verschafft ihnen die gebührende Aufmerksamkeit.
- > Sie überwacht die Einhaltung bestehender Vorschriften in der Dienststelle/im Betrieb, die schwerbehinderte Beschäftigte betreffen. Das betrifft beispielsweise die Arbeitszeiten oder den besonderen Kündigungsschutz.
- > Sie sorgt für eine angemessene Ausstattung der Arbeitsplätze der schwerbehinderten Beschäftigten, zum Beispiel durch Assistenzsysteme.

> Und sie steht auch den schwerbehinderten und diesen gleichgestellten Beschäftigten stets mit Rat und Tat zur Seite, beispielsweise bei Fragen zum Zusatzurlaub oder zur beruflichen Bildung und Entwicklung.

Der Einsatz der Schwerbehindertenvertretung im Zusammenspiel mit dem Personal-/ Betriebsrat war für Menschen, deren Leistungskraft eingeschränkt ist, seit eh und je sehr wichtig. In Zeiten von Leistungsverdichtung, steigenden Anforderungen und Veränderung der Berufsbilder gewinnen die Arbeit und das Engagement von Schwerbehindertenvertretungen noch zunehmend an Bedeutung. Eine engagierte Schwerbehindertenvertretung kann viel bewirken, sowohl bei drohendem Verlust des Arbeitsplatzes, aber auch bei der Gestaltung der Beschäftigungsbedingungen.

Deshalb appelliert der BBW an alle Wahlberechtigten: "Geben Sie 'Ihrer' Schwerbehindertenvertretung Ihre Stimme und damit zugleich ein starkes Mandat für die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber."

Mehr Informationen unter: www.dbb.de



Digitale Bildungsplattform

Philologenverband begrüßt baldigen Start

Der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) begrüßt den vom Kultusministerium angekündigten baldigen Start des "Digitalen Lehrerarbeitsplatzes" und die Entscheidung gegen eine langwierige europaweite Ausschreibung. Zugleich regt er an, dass im Sinne von Datenschutz, Verbraucherbildung und digitaler Souveränität Bildungsplattform-Module vom Land auf eigenen Servern betrieben werden sollten. "Wir freuen uns, dass das Kultusministerium (KM) den badenwürttembergischen Lehrkräften jetzt für Frühjahr 2023 ein dienstliches E-Mail-Postfach in Aussicht stellt - gut 50 Jahre nach Erfindung der E-Mail und mehr als 30 Jahre nach Einführung des Internets für alle", kommentiert Ralf Scholl, der PhV-Landesvorsitzende, die entsprechende Meldung der Badischen Neuesten Nachrichten vom 25. September 2022. Der angekündigte digitale Lehrerarbeitsplatz soll neben E-Mail auch CloudSpeicher und Online-Büroanwendungen umfassen.

"Wir freuen uns auch, dass das Ministerium unseren Vorschlag aufgegriffen hat, anstelle einer europaweiten Ausschreibung den Auftrag per Direktvergabe an Dataport, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, zu vergeben. Der Verzicht auf die ursprünglich geplante, europaweite Ausschreibung des digitalen Lehrerarbeitsplatzes hat eine weitere Verzögerung um bis zu zwei Jahren vermieden," so Ralf Scholl. Der PhV BW hatte im Sinne der digitalen Souveränität mehrfach den Eigenbetrieb der Bildungsplattform durch das Land gefordert, damit diese schnell und datenschutzkonform um die notwendigen Module erweitert werden kann. Diese Forderung wird vom breiten Aktionsbündnis "Unsere digitale Schule" unterstützt (siehe www.unseredigitale.schule/).

⊚ Pix

Kurz notiert

Neu im Amt: Wissenschaftsministerin Petra Olschowski und Staatssekretär Arne Braun

Der Landtag hat Petra Olschowski als neue Wissenschaftsministerin bestätigt. Neuer Staatssekretär im Wissenschaftsministerium ist der bisherige Regierungssprecher Arne Braun. Der Landtag von Baden-Württemberg hat der Ernennung am 28. September 2022 zugestimmt.

Die neue Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurde in der Plenarsitzung vereidigt Sie tritt die Nachfolge von Theresia Bauer an, die ihr Amt nach elf Jahren abgab, weil sie als Oberbürgermeisterin in Heidelberg kandidiert.

Staatssekretär Arne Braun erhielt seine Ernennungsurkunde von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und tritt sein Amt ebenfalls unmittelbar an. "Ob Pandemie, Klimawandel oder Transformation der Wirtschaft: Unsere Gesellschaft ist heute mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, die wir nur mithilfe von Wissenschaft und Forschung lösen können. Hier werden die Antworten für die Zukunft erarbeitet. Deshalb kommt gerade der Bildung von jungen Menschen an unseren Hochschulen besondere Bedeutung zu. Auch um den Wandel in der Gesellschaft erfolgreich zu meistern, braucht es die Wissenschaft - wie auch die Kunst", sagte Ministerin Petra Olschowski nach ihrer Vereidigung in Stuttgart.

Kooperation mit Kalifornien bei Cybersicherheit und **Open Data**

Baden-Württemberg und Kalifornien haben eine Absichtserklärung zur Festigung der Zu-

sammenarbeit und Stärkung der gemeinsamen Partnerschaft in Sachen Cybersicherheit und Open Data unterzeichnet.

"Die Bedrohung in der digitalen Welt steigt stetig und stark an. Wir haben deshalb die Cybersicherheit zu einem Topthema gemacht. Die Herausforderungen bei der Cybersicherheit kann niemand allein lösen – denn Cyberangriffe kennen keine Grenzen. Wir brauchen gemeinsame, grenzüberscheitende Bündnisse für eine leistungsfähige und nachhaltige Cybersicherheitsarchitektur, auch staatsübergreifend", sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl anlässlich der Unterzeichnung des Letter of Intent zur Stärkung der gemeinsamen Partnerschaft in Sachen Cybersicherheit und Open Data zwischen dem Bundesstaat Kalifornien und dem Land Baden-Württemberg.

Land fördert Forschungsund Nachwuchskolleg

Das Land fördert ab 2023 ein neues Forschungs- und Nachwuchskolleg an Pädagogischen Hochschulen. Mit diesem bundesweit einzigartigen Kolleg sollen der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert und künftige Lehrerinnen und Lehrer beim Thema Digitalisierung gestärkt werden.

Zur Förderung des bildungswissenschaftlichen Nachwuchses und künftiger Lehrerinnen und Lehrer beim Thema Digitalisierung hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein neues Forschungsund Nachwuchskolleg (FuN) ausgeschrieben. Es trägt den Titel "Digitalisierung: Bildung – Professionalität – Unterricht", hat ein Fördervolumen von rund 4,8 Millionen Euro und soll 2023 an den Start gehen.

Vernetzung der Gleichstellungsarbeit

Staatssekretärin Dr. Ute Leidig ist am 4. Oktober 2022 mit den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Stadt- und Landkreise sowie der Gemeinden zu einem Vernetzungstreffen in Stuttgart zusammengekommen. Es war das erste Präsenz-Treffen seit Ausbruch der Coronapandemie und das erste Treffen gemeinsam mit der neuen Vernetzungsstelle, die das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration neu geschaffen hat, um die Arbeit im Land und in den Kommunen stärker zu koordinieren und voranzutreiben. Zudem fördert das Land die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten mit jährlich rund 1,7 Millionen Euro. "Die Arbeit der Frauen- und Gleichstellungbeauftragten in den Kommunen ist ein wichtiger Anker, um die Geschlechtergerechtigkeit in die Fläche des Landes zu bringen", sagte Dr. Ute Leidig. "Daher stärken wir die Gleichstellungsarbeit in den Kommunen weiter, unter anderem durch gezielte Fortbildungskonzepte für Führungskräfte und die Frauenbeauftragten."

In der gemeinsamen Diskussion hatten die Gleichstellungsbeauftragten Gelegenheit zum Austausch über ihre tägliche Arbeit. Von besonderem Interesse war für die Teilnehmenden vor allem die Weiterentwicklung des Chancengleichheitsgesetzes und die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie der Landesregierung, aber auch aktuelle Themen wie die Berücksichtigung des Dritten Geschlechts in der Gleichstellungsarbeit.

Neue stellvertretende Leitungsfunktionen bei der Polizei Baden-Württemberg

Eine hochrangige Polizeibeamtin und vier hochrangige Polizeibeamte wurden von Innenstaatssekretär Wilfried Klenk mit der stellvertretenden Leitung der Polizeipräsidien Konstanz, Offenburg, Pforzheim, Ravensburg und Stuttgart betraut. Damit erhalten die Dienststellen, deren Stellvertreterposten aktuell vakant waren, neues Führungspersonal an der Spitze. "Es freut mich sehr, dass diese wichtigen Führungspositionen damit wieder schnell besetzt werden. Die neuen stellvertretenden Dienststellenleitungen sind aufgrund ihrer Persönlichkeit und ihrer Fachkompetenz für ihre neue Aufgabe bestens geeignet", hob Innenstaatssekretär Wilfried Klenk bei der Einweisung der Beamtin und der Beamten in die neuen Ämter im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen hervor.

Die stellvertretende Leiterin und die stellvertretenden Leiter sind in die wesentlichen Führungsprozesse der Polizeipräsidien eingebunden und übernehmen die Vertretung des jeweiligen Präsidenten. In den regionalen Polizeipräsidien sind sie zugleich auch mit einer zusätzlichen Leitungsfunktion einer Organisationseinheit wie einem Führungs- und Einsatzstab, einer Schutzpolizeidirektion oder einer Kriminalpolizeidirektion betraut.

Seminarangebote im Jahr 2022

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie führt der BBW – Beamtenbund Tarifunion im Jahr 2022 folgende verbandsbezogene Bildungsveranstaltungen durch:

Balance und innere Stärke

Seminar B224 CH vom 13. bis 15. Oktober 2022 in Baiersbronn.

Leichter arbeiten und leben mit Achtsamkeit

Das Seminar setzt an der Stelle an, wo wir uns häufig fragen, wie es weitergehen soll? Wir schauen nach innen, zu den eigenen Herausforderungen und den möglichen Lösungen. Sie kommen mit Ihren Themen dran. Mutiger, weil achtsam sicherer, gehen Sie Ihre Fragen und Herausforderungen in der Arbeit an. Gute Lösungen setzen ein Interesse an Entwicklungen voraus. Diesen Weg gehen wir beim Seminar. Melden Sie sich an und lassen sich inspirieren, auch in der wundervollen Natur des Schwarzwaldes.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 194 Euro



Seminar B305 CH vom 2. bis 4. November 2022 in Baiersbronn.

Dieses Seminar richtet sich an die Frauenvertreterinnen der Fachorganisationen im BBW. Im Mittelpunkt steht, neben aktuellen Informationen zum Thema, die Optimierung der ehrenamtlichen Arbeit für die Kolleginnen im öffentlichen Dienst.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 194 Euro

Schöne neue Arbeitswelt

Seminar B210 CH vom 12. bis 14. November 2022 in Fulda.

Erfahrene Hasen und junges Gemüse – wie geht generationengerechtes Arbeiten?



Altersvielfalt ist ein Thema für alle Arbeitsebenen. Wir leben in den Organisationen aktuell mit einem Generationenmix. Es treffen sich Babyboomer mit Generation X, Y und Z. Ständig werden die Karten neu gemischt. Eine größere Altersspanne bringt Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, Ideen, Zielen und Arbeitseinstellungen zusammen. Wie kann das gut werden? Was, wenn sich die einen nicht mehr anpassen wollen? Welche Arbeitsplätze eignen sich für welches Alter? Wie profitieren alle voneinander?

Wir werden uns zu Fachleuten unseres eigenen Spektrums entwickeln, aber auch sehen, wie sich heterogene Arbeitsgruppen gut entwickeln lassen. Seien Sie gespannt. Sie dürfen eine vielfältige, überraschende Fortbildung erwarten.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 146 Euro

Rhetorik

Seminar B197 CH vom 20. bis 21. November 2022 in Karlsruhe.

Dieses Seminar richtet sich an Kolleginnen und Kollegen, die sowohl im Beruf als auch zum Beispiel im Ehrenamt – vor größerem Publikum Vorträge halten müssen. Dabei werden neben dem Erlernen der Grundsätze und Regeln für gute Reden auch praktische Übungen durchgeführt und von einem erfahrenen Rhetoriktrainer analysiert. Aber nicht nur die "freie Rede", sondern auch eine professionelle Vorbereitung des Vortrags sollen bei diesem Seminar erlangt werden.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 146 Euro

Über unser Seminarangebot hinaus bieten wir auch die Möglichkeit, über "Voucher" Seminare der dbb akademie zu buchen. Mit diesen Gutscheinen besteht die Möglichkeit, vergünstigt an Seminaren des offenen Programms der dbb akademie teilzunehmen.

Interessenten informieren sich auf der Homepage der dbb akademie (www.dbbakademie.de) bei den Seminaren im "offenen Programm" (Kennbuchstabe "Q" vor der Seminarnummer) und fragen dann beim BBW nach, ob für diese Veranstaltung Voucher zur Verfügung stehen. Unabhängig von dem im Seminarprogramm veröffentlichten Teilnehmerbetrag verringert sich dieser durch die Inanspruchnahme des Vouchers auf 146 Euro. Mit diesem neuen Angebot wollen wir unseren Mitgliedern die Möglichkeit einräumen, zu vergünstigten Teilnehmergebühren von dem vielseitigen Seminarangebot der dbb akademie Gebrauch zu machen.

Seminare, die die Mindestteilnehmerzahl nicht erreichen,
werden spätestens vier Wochen
vor dem geplanten Seminartermin abgesagt. Daher wird empfohlen, sich zeitnah für die gewünschten Seminare anzumelden. Darüber hinaus verweisen
wir auf die weiteren von der
dbb akademie angebotenen
Seminare, die Sie im Internet
unter www.dbbakademie.de
finden.

Die vorgestellen Seminare erfüllen gegebenenfalls die Voraussetzungen zur Freistellung nach dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg (BzG BW), sofern die Inhalte entweder zur beruflichen oder zur ehrenamtlichen Weiterbildung des/der jeweiligen Teilnehmers/Teilnehmerin infrage kommen.

Für Seminare mit politischem Inhalt wird bei der Bundeszentrale für politische Bildung die Anerkennung als förderungswürdig im Sinne der Vorschriften über Sonderurlaub für Beamte und Richter im Bundesdienst beantragt, sodass auch Sonderurlaub nach den landesrechtlichen Vorschriften gewährt werden kann. Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrages.

Anmeldungen können nur über die Landesgeschäftsstellen der Mitgliedsverbände des BBW entgegengenommen werden. Diese halten Anmeldeformulare bereit. Eine unmittelbare Anmeldung bei der dbb akademie ist nicht möglich. Anmeldeformulare sowie unser Seminarprogramm finden Sie auch im Internet unter www.bbw.dbb.de. Sofern dies bei einzelnen Veranstaltungen nicht ausdrücklich anders angegeben ist, gehören Verpflegung und Unterbringung zum Leistungsumfang. Darüber hinaus verweisen wir auf die weiteren von der dbb akademie angebotenen Seminare, die Sie im Internet unter www.dbbakademie.de finden.

Der Beamtenbund: Spitze für den öffentlichen Dienst.



Der BBW – Beamtenbund Tarifunion ist die starke Gewerkschaftsvertretung für Ihre Interessen und Ihre Rechte. Solidarisch, kompetent und erfolgreich. Werden Sie jetzt Mitglied in Ihrer Fachgewerkschaft – wie mehr als 140.000 Beamte und Tarifbeschäftigte im Südwesten.

BBW - weil Stärke zählt.



Am Hohengeren 12 · 70188 Stuttgart
Telefon 0711/16876 - 0 · Telefax 0711/16876 - 76
E-Mail bbw@bbw.dbb.de · Internet www.bbw.dbb.de